

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIX/1

Bonn, den 2. Januar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>De Gaulle und "Europa"</u>	45
	Eine aufschlußreiche Neujahrsrede	
2 - 3	<u>Neue politische Tendenzen in Frankreich</u>	53
	Ein bewegtes Jahr zu erwarten	
	Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	
3	<u>Berlin</u>	25
	Stellvertretend für ganz Deutschland	
4 - 6	<u>Stehen die USA in Süd-Vietnam auf verlorenem Posten ?</u>	125
	Bedrohliche Lage in Delta des Mekong	
	Von unserem Korrespondenten Erwin Erasmus Koch	

Chefredakteur Günter Markscheffel

De Gaulle und "Europa"

Eine aufschlußreiche Neujahrsrede

sp - Der französische Staatspräsident kann sich rühmen, einer der wenigen Staatsmänner zu sein, der in seiner diesjährigen Neujahrsbotschaft verhältnismässig genau gesagt hat, was er im kommenden Jahr zu tun gedenkt. Er will das Europa der Sechs ohne England und ohne Rücksichtnahme auf die Besonderheiten der Situation in den skandinavischen Staaten zu einer politischen Union zusammenfassen. Nach Meinung de Gaulles hat sich die EWG "nicht durch das transatlantische System annekieren lassen". Der General feiert also zum Jahreswechsel einen Sieg seiner aussenpolitischen Konzeption, die recht eindeutig ein "eigenes Europa" als selbständig agierender politischer und militärischer Faktor und ohne allzu feste Bindungen in der atlantischen Gemeinschaft bestehen soll. Daß hierbei auch die Ankündigung eingeflochten wird, Frankreich werde bald seine eigene Wasserstoffbombe haben, versteht sich am Rande. Wer de Gaulles Vorstellungen von einer europäischen Politik kennt, weiß auch, daß der französische Staatspräsident dem Europa der Sechs eine eigene und möglichst gewichtige militärische Rolle im Rahmen eines westlichen Verteidigungsbündnisses zu verschaffen gedenkt.

So gesehen ist der zu Weihnachten 1963 nach harter Diskussion erreichte Kompromiß in Brüssel zur Agrarordnung des Gemeinsamen Marktes eine Voraussetzung für die weiteren politischen Ziele des französischen Staatspräsidenten gewesen. Was kluge Leute trotz des allgemeinen Jubels über den endlich gefundenen Kompromiß in Brüssel sagten, ist also eingetroffen: de Gaulle betrachtet die Brüsseler Vereinbarung als einen Schritt zur Verwirklichung seiner ihm höchst eigenen Konzeption von der Rolle des freien Europa im Ost-Westkonflikt.

Nun gibt es politische Beobachter in Paris, die meinen, de Gaulles Neujahrsrede sei der Ausdruck einer gewissen Verärgerung über den Erfolg, den Bundeskanzler Erhard von seinem Besuch bei Präsident Johnson in Texas nach Hause bringen konnte. Auch glaubt man zu wissen, der General sei über die Haltung der Bundesregierung in der "Affäre Argoud" verärgert. In Paris wird gesagt, der frühere Bundeskanzler Adenauer habe de Gaulle kurz vor Ende seiner Amtsperiode noch wissen lassen, in Bonn werde man zum Fall Argoud keine offiziellen Schritte unternehmen. Und es wird hinzugefügt, Bundeskanzler Erhard habe anlässlich seines Besuchs in Paris versichert, er werde in jeder Beziehung die Politik seines Vorgängers fortsetzen...

Wer sich an solche Details zur Begründung für die Politik de Gaulles klammert, schätzt den General wiederum falsch ein. Es mag sein, daß de Gaulle verärgert ist, aber seine Grundkonzeption von der Rolle des Europa der Sechs ist schon viel, viel älter, als die "Affäre Argoud" und der Besuch Erhards in Texas.

Wenn die Bundesrepublik vermeiden will, in eine sehr peinliche Situation zu geraten, muß die Regierung Erhard endlich sagen, wie sie das im deutsch-französischen Vertrag vorgesehene Konsultationsverfahren handhaben will. Nur auf diese Weise wird man Klarheit bekommen und vor neuen Enttäuschungen bewahrt werden können.

Neue politische Tendenzen in Frankreich

Ein bewegtes Jahr zu erwarten

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Das neue Jahr beginnt in Frankreich mit einer ungewöhnlich wichtigen Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Frankreichs am 9. und 10. Januar; drei Wochen vor dem Außerordentlichen Parteitag der SFIO. In beiden Fällen geht es um die Vorbereitung der Präsidentschaftswahl, die schon in diesem Jahr stattfinden könnte, obwohl de Gaulles Mandat erst 1965 abläuft. Man hält es aber nicht für ausgeschlossen, daß der General die Neuwahl ververlegt, wobei es wahrscheinlich, aber nicht ganz sicher ist, ob er wieder kandidiert oder einen Nachfolger bezeichnet. Die französischen Parteien wollen für beide Möglichkeiten gewappnet sein. Der Sozialist Gaston Defferre, Bürgermeister von Marseille und früherer Minister, hat bereits seine Kandidatur angemeldet. Der Parteitag der SFIO wird Anfang Februar diese Kandidatur bestätigen und zugleich die Wahltaktik und die programmatischen Richtlinien festlegen.

Die Isolierung der Kommunisten

Die KPF, derzeit mit ungefähr einem Fünftel der Wählerstimmen immer noch nach den Gaullisten die stärkste Partei Frankreichs, legt auf diese Kampagne großen Wert und will den Ring der Isolierung durchbrechen, in dem sie seit sechzehn Jahren eingeschlossen ist. Teilweise ist es ihr schon infolge der autoritären Methoden des gaullistischen Regimes gelungen. In der fünften Republik kam es nämlich seit einem Jahr zu einer Annäherung aller Oppositionsparteien und Gewerkschaften. Nun wollen sich die französischen Kommunisten aber auch und gerade anlässlich der Präsidentschaftswahl bemerkbar machen.

Defferres Chancen

Defferres Kandidatur kommt ihnen ungelogen. Der Marseiller Bürgermeister ist ein unabhängiger Mann und wurde in seiner Stadt gegen die kommunistischen Stimmen zum Bürgermeister und Abgeordneten gewählt. Hinter ihm stehen nicht nur die Sozialisten, sondern auch breite Kreise der demokratischen und liberalen Mitte. Eben deshalb hat Defferre große Chancen, tatsächlich zum Präsidenten der Republik gewählt zu werden oder de Gaulles relative Mehrheit ernstlich zu schwächen. Die Kommunisten verfügen über keine eigene Persönlichkeit und es wird ihnen wahrscheinlich nichts anderes übrig bleiben, als letzten Endes mit den Links- und Mittelparteien für Defferre zu stimmen, den sie aber nicht zu ihrem "Gefangenen" machen können.

Neue Taktik

Eben damit wird sich das Zentralkomitee der KPF am 9. und 10. Januar befassen. Hauptschlager der Kommunisten ist gegenwärtig "die Aufstellung eines gemeinsamen Programms aller demokratischen Parteien". Sie zählen sich selbst zu den "demokratischen Parteien". Mit dem "gemeinsamen Programm" wollen sie andere Oppositionsparteien festlegen, nicht nur für die Wahlkampagne, sondern für die Zeit nach de Gaulle. Wie an der Wiege der vierten Republik 1944-47 wollen sie auch in einer kommenden sechsten Republik wieder eine entscheidende Rolle spielen.

Ein Parteitag der KPF soll Ende März in Lille über die gleichen Probleme entscheiden und zugleich "die innere Parteidemokratie entwickeln und den einfachen Mitgliedern mehr Initiative und mehr Freiheit garantieren". Um eine Annäherung mit den anderen Oppositionsparteien zu ermöglichen, scheint die KPF gegenwärtig zu großen Opfern bereit, zumindest in ihrer Ausdruckweise. Wie weit dies tatsächlich geht und gehen kann, wird eine öffentliche Debatte zeigen, die ab Januar zwischen den verschiedenen Oppositionsparteien in der Presse und in öffentlichen Versammlungen startet.

Wesentlich dabei ist, daß es zwischen den verschiedenen Strömungen der demokratischen Sozialisten in letzter Zeit zu einer weitgehenden Annäherung gekommen ist, so daß die durch den Algerienkrieg hervorgerufene Spaltung wahrscheinlich demnächst durch eine Wiedervereinigung überwunden werden könnte. Defferras Kandidatur hätte somit eine noch kompaktere Grundlage für eine Wachablösung im Elysée.

+ + +

Berlin

Stellvertretend für ganz Deutschland

sp - Was in diesen Tagen in Berlin geschehen ist, geschah stellvertretend für ganz Deutschland. Berlin hat eine Legende widerlegt. Die Legende, die Deutschen würden sich mit der Teilung ihres Volkes abfinden, sie hätten nicht mehr den Willen, zusammenzufügen, was zusammengehört.

Das Ausmaß des Besucherstroms, der von Westberlin nach Ostberlin floß und noch fließt, hat alle überrascht, übertraf alle Erwartungen. Mehr als eine Million Westberliner besuchten ihre Verwandten, ihre Bekannten und ihre Freunde. Ganz Deutschland nahm daran Anteil. Unauslöschliche Bilder der Wiedersehensfreude prägten sich ein. Vor diesem Hintergrund nimmt sich die am Berliner Senat von mancher Seite geübte Kritik recht kleinlich aus. Sie wird der Sache nicht gerecht.

Die Berliner gaben aller Welt kund, daß sie sich niemals mit dem status quo der Spaltung abfinden werden. Was haben die Kritiker anzubieten? Ihr Rezept des Beharrens in den Schützengräben des Kalten Krieges läßt sich in einer in Bewegung geratenen Welt nicht mehr anwenden; es gibt keine Antwort auf die Probleme unseres geteilten Vaterlandes. Mit dem Wagnis, das die Berliner unternahmen, eröffnen sich neue Chancen und Möglichkeiten. Sie auszunutzen erfordert Klugheit und Wachsamkeit.

+ + +

Stehen die USA in Süd-Vietnam auf verlorenen Posten ?

Bedrohliche Lage im Delta des Mekong

Von unserem Korrespondenten Erwin Erasmus Koch

* Chruschtschow prophezeite vor einigen Tagen, die Amerikaner wür-
* den aus Süd-Vietnam genauso hinausgeworfen, wie es mit den Franzosen
* vor acht Jahren in Nord-Vietnam geschah. Offensichtlich stützt
* sich die sowjetische Prognose auf unbestreitbare Erfolge der Viet-
* cong-Guerillas in den südlichen Provinzen des Mündungsgebiets
* des Mekong. Dazu kommt die Verzichtserklärung des Prinzen Sihanouk
* von Cambodja auf künftige Hilfeleistungen der USA. Cambodja, das
* strategisch wichtige, winzige Dschungelreich, will einen neutralen
* Status, wie er für Laos gilt, garantiert wissen. Auch in Thailand,
* dem Sitz des ständigen Hauptquartiers der SEATO, gibt es seit dem
* Tode Sarit Thararats, der bis vor wenigen Wochen noch der vom
* Westen gestützte Chef der königlichen Thai-Regierung, eine starke
* neutralistische Strömung. Würde auch Thailand eine Revolution
* durchmachen und den neutralen Status erlangen, dann allerdings
* ständen die USA in Süd-Vietnam auf verlorenem Posten. Der folgen-
* de Bericht unseres Korrespondenten befaßt sich mit der Situation
* in Südostasien an der Schwelle des Jahres 1964. - Die Redaktion

* * *

Die Johnson-Administration tritt ein schweres Erbe an: Soll sie den seit acht Jahren andauernden Krieg Süd-Vietnams gegen die Vietcong-Guerillas aus dem Norden fortsetzen? Johnson hat gleich Kennedy keinen Zweifel daran gelassen, daß auch er der kommunistischen Subversion und den Aggressionen Rotchinas in Südostasien entschieden entgegenzutreten will. Der dann unvermeidliche schmutzige Krieg würde vielleicht ein weiteres Jahrzehnt währen. Lohnt sich der Einsatz von Leben und Werten der Amerikaner im restlichen Gebilde der einstigen "Union Indochinense"? Wollen nicht die Vietnamesen von Nord und Süd ihre Wiedervereinigung? Sind die Massen der Vietnamesen potentielle Kommunisten? So und auf noch vielfach andere Weise stellen sich dem Präsidenten der USA offene, äußerst schwierige Fragen. Der Eindruck hat einige Berechtigung, daß die SEATO ihren festen Zusammenhalt einbüßt, seitdem vor allem auch Pakistan der antikommunistischen Allianz entfremdet wurde. Soll diese Organisation nicht völlig auseinanderfallen, dann müssen die Vietcong in Süd-Vietnam mit nachhaltigen Erfolgen bekämpft und zum Schluß - nach vielleicht zehn Jahren - niedergedrungen werden. Die Militärjunta des Generals Luong Van Mihn, die das Régime der korrupten Diem-Familie in Saigon stürzte, mußte die Mißgunst in ihren eigenen Reihen beseite lassen. Auch die Johnson-Administration ist zur Unterstützung dieser noch etwas zwielfichtigen Junta bereit, um der Ausbreitung der Machtsphäre Rotchinas vorzubeugen. Zweifellos aber dürfte McNamara, der Verteidigungsminister der USA, nach seiner Rückkehr aus Saigon dem amerikanischen Präsidenten eine wenig erfreuliche Schilderung der Situation in Süd-Vietnam gegeben haben.

Verschlechterung der Lage

Die Lage verschlechterte sich bereits seit fünf Monaten zusehends. Den Vietcong fiel das Gesetz des Handelns zu. Sie verlagerten den Kriegsschauplatz vom Norden und der Mitte Süd-Vietnams ins Delta des Mekong, in den fast undurchdringlichen Dschungel der breiten Niederung. Eine auch McNamara zugänglich gewordene Analyse nennt zugleich mit den nach vielen Tausenden zählenden Mannschaftsverlustern der Regierungstreitmacht die andauernde Versorgung der Roten mit amerikanischen Waffen. Monat für Monat wurden durchschnittlich 450 Stück Schnellfeuer-
gewehre, Mörser und Handfeuerwaffen an die Vietcong verloren. Von 219 strategischen "hamlets" (befestigte Dörfer) in einer der Provinzen des Mekong-Deltas wandten plötzlich 169 Milizverbände ihre Gewehre gegen die Regierungstruppen; sie schwenkten ins Lager der Vietcong über. In einer anderen Provinz des Deltas weigerte sich die Miliz, überhaupt noch Waffen zur Abwehr der Guerrillas zu tragen.

Waffen aus China

Das sind einige Beispiele unter vielen gleichartigen. Die kommunistische Kerntruppe, vielleicht 6000 Vietcong-Guerrillas, könnte seit dem vergangenen Sommer eine Gefolgschaft von 50 000 Mann oder mehr - niemand weiß darüber Genaueres - um sich sammeln. Die Zahl ihrer Anhänger wächst beständig. Dabei ist es so, daß die Beutewaffen amerikanischer Herkunft allmählich genügen, um Divisionen der regulären Armee Nord-Vietnams auszurüsten. Die Vietcong aber erhalten nicht mehr nur Vogelflinten und Schießsprügel, sondern gute Gewehre rotchinesischer Provenienz. Sie haben reichlich Munition erhalten, sie müssen nicht länger mit jedem Schuß sparen. In Kien Phong, einer der roten Basen, sind die Vietcong zur Landverteilung übergegangen. "Jeder Fußbreit Boden den Pflüger!" Das zieht unter den armen Reisbauern, die zumeist Pächter oder überhaupt Landlose sind. "Wir kämpfen für die Freiheit, gegen die Imperialisten, für die Wiedervereinigung mit dem Norden, für die Neutralität Vietnams", so lauten die Parolen, denen die Pflüger in der Mekong-Niederung und die Mekong-Fischer und die Teakholzflößer folgen. Das aber sind die gleichen Propagandasprüche, die in Peking für Ho Chi Minh, den Gefolgsmann Mao Tse-tungs in Hanoi, ausgegeben werden.

Rotchinas Einfluß, Rotchinas Macht in Süd-Vietnam wächst. Ich entsinne mich des Ausspruchs eines offensichtlich niedergedrückten amerikanischen Ratgebers: "Wenn diese Buddhisten hier allesamt Kommunisten sind, dann sollten wir besser einpacken!" Tatsächlich sind jedoch die ungefähr sieben Millionen Vietnamesen des Mekong-Deltas noch nicht alle Kommunisten. Nur glauben sie allmählich, nach acht Jahren des Dechungskrieges und den monoton wiederholten Versicherungen des "absolut sicheren Endsieges" der Saigon-Regierung über die Roten, nicht mehr an die Niederwerfung der Vietcong. Sie werden Opportunisten - aus Angst. Dann sie müßten eines Tages die Zeche der Junta und der Amerikaner bezahlen.

Massendesertationen

General Duang Van Minh hat eine "neue Strategie gegen die Vietcong-Banditen" verkündet. Ein Feldzug der Aufklärung der Bauern sollte stattfinden, die Regierungstruppen würden selbst von fester Positionen

2. Januar 1963

aus - nach Art der "hunter killer" (amerikanischen Anti-Guerilla-Guerillas) - die Vietcong zu Paaren treiben. Doch das Gegenteil wurde wahr. Duong Van Minhs Soldaten liefen mit ihren Waffen zu den Kommunisten über oder sie wurden selbst zu Paaren getrieben und niedergemacht. Von Kampfmoral keine Spur oder nur sehr wenig davon. Liegt es an der Führung? Wollen die Führer - wie auch der ermordete Präsident Dien - gar nicht den Krieg gewinnen?

Das eine steht für den unbefangenen Beobachter fest: Die "Wiedervereinigung" beider Vietnams und darüber hinaus die Bildung einer Föderation der Annamiten und Khmer-Völker (wie es die Union Indochinoise war), entsprechen dem erwachenden nationalen Bewusstsein dieser Asiaten. Sie wollen frei sein; sie wissen vom Kommunismus in Grande nichts und vor allem nicht, daß er das Gegenteil der Freiheit bedeutet. Die "Neutralität" erscheint auch aufgeklärten, "unabhängigen" Führern ein erstrebenswertes politisches Ziel. Niemand ahnt, daß Mao Tse-tung bestimmte: "Über den Nationalismus zum Neutralismus, über die neutralistischen Regierungen zur Volksdemokratie!"

De Gaulle und Indochina

Das ist es auch, was offenbar Prinz Norodom Sihanouk, der Staatsoberhaupt von Cambodja, nicht weiß oder einsehen will. Er meint, eine "Neun-Mächte-Konferenz", zusammengesetzt aus den USA, Großbritannien, Frankreich, der UdSSR, Rotchina, Laos, Cambodja und aus Nord- sowie Süd-Vietnam, könnte die territoriale Integrität und Neutralität seines Dschungelreichs gewährleisten. Der Prinz kündigte die amerikanische Hilfe, insgesamt umfaßte sie bisher den Wert von dreißig Millionen USA-Dollar, er verzichtete auf die etlichen hundert amerikanischen "Ratgeber" und gewährte unterdessen achtzehn französischen "Beratern" in seinen Regierungsämtern Zutritt. Eine von General de Gaulle nach Cambodja beorderte Kommission unter der Führung des Verteidigungsministers Pierre Messmer soll Anfang Januar 1964 die Wünsche Sihanouks anhören, "weil sich Frankreich wie kein anderes Land bisher um Cambodja verdient gemacht hat".

Da de Gaulle der Wiedervereinigung beider Vietnams gleichfalls das Wort redete, scheint es, daß Frankreich zu Einfluß in seiner alten Union Indochinoise gelangen möchte.

In Cambodja ist es soweit. Für Thailand besteht die Gefahr des Sieges neutralistischer Militärs, seitdem Sarit Thanarat, der anti-kommunistische Premier, tot ist. Ein neutrales Cambodja, ein neutrales Thailand, das würden tödliche Stöße für den Bestand Süd-Vietnams bedeuten. Rotchinas Macht in Südostasien wächst.